

Übersicht



Der Bürgermeister
Hilden, den 29.02.2024
AZ.:

WP 20-25 SV 01/164

Antragsvorlage

**Antrag der FDP Fraktion vom
27.02.2024: Anschließen an die Trierer
Erklärung des deutschen Städtetages
vom 18.01.2024**

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
AfD			
BA			
Allianz			
Ratsmitglied Erbe			

öffentlich

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Hilden

13.03.2024

Entscheidung

Antrag FDP vom 27.02.2024 Anschließen an die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden wird gebeten, sich unter folgendem Wortlaut der „Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“ anzuschließen:

Durch die Aufdeckung von einem geheimen Treffen von AfD-Funktionären und anderen Rechtsextremen bei dem offen über Pläne zur sogenannten „Remigration“ – also der Deportation von Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund, auch deutschen Staatsbürgern – diskutiert wurde, ist eine zunehmende Gefahr von rechtsextremem Gedankengut für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht von der Hand zu weisen.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir, der Rat der Stadt möge sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 anschließen.

Die Verteidigung unserer demokratischen Grundordnung, unserer Werte und unserer Freiheit ist originäre Aufgabe jeder Demokratinnen und jedes Demokraten. Als demokratisch gewähltes Gremium ist es die Pflicht des Stadtrates, sich gegen jede extremistische und demokratieverachtende Strömung zu stellen.

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.

Erläuterungen zum Antrag:

Die Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung des Rates am 13. März 2024.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Antrag der Ratsfraktion FDP ist am Dienstag, 27.02.2024, bei der Stadtverwaltung eingegangen und somit 15 Tage vor der Sitzung des Rates am Mittwoch, 13.03.2024.

Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Hilden und seine Ausschüsse sind Vorschläge zur Tagesordnung (= Anträge), die der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister bis 14 Tage vor der Sitzung von einer Fraktion unterbreitet werden, in der Tagesordnung aufzunehmen.

Die Verwaltung wird aus Neutralitätsgründen keine Stellungnahme zu diesem Antrag abgeben. Der Bürgermeister wird als Mitglied des Rates kraft Gesetzes in der Sitzung ein Votum abgeben.

gez.
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:

Keine.

An den
Bürgermeister
Herrn Dr. Claus Pommer
Am Rathaus 1

40721 Hilden

27. Februar 2024

Antrag

zur Sitzung des Rates der Stadt Hilden
am 13.03.2024

„Für eine wehrhafte Demokratie – Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024“

Der Rat der Stadt Hilden wird gebeten, sich unter folgendem Wortlaut der „Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“ anzuschließen:

Durch die Aufdeckung von einem geheimen Treffen von AfD-Funktionären und anderen Rechtsextremen bei dem offen über Pläne zur sogenannten „Remigration“ – also der Deportation von Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund, auch deutschen Staatsbürgern – diskutiert wurde, ist eine zunehmende Gefahr von rechtsextremem Gedankengut für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht von der Hand zu weisen.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir, der Rat der Stadt möge sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 anschließen.

Die Verteidigung unserer demokratischen Grundordnung, unserer Werte und unserer Freiheit ist originäre Aufgabe jeder Demokratinnen und jedes Demokraten. Als demokratisch gewähltes Gremium ist es die Pflicht des Stadtrates, sich gegen jede extremistische und demokratieverachtende Strömung zu stellen.

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung des Rates am 13. März 2024.

gez.
Rudolf Joseph
Fraktionsvorsitzender